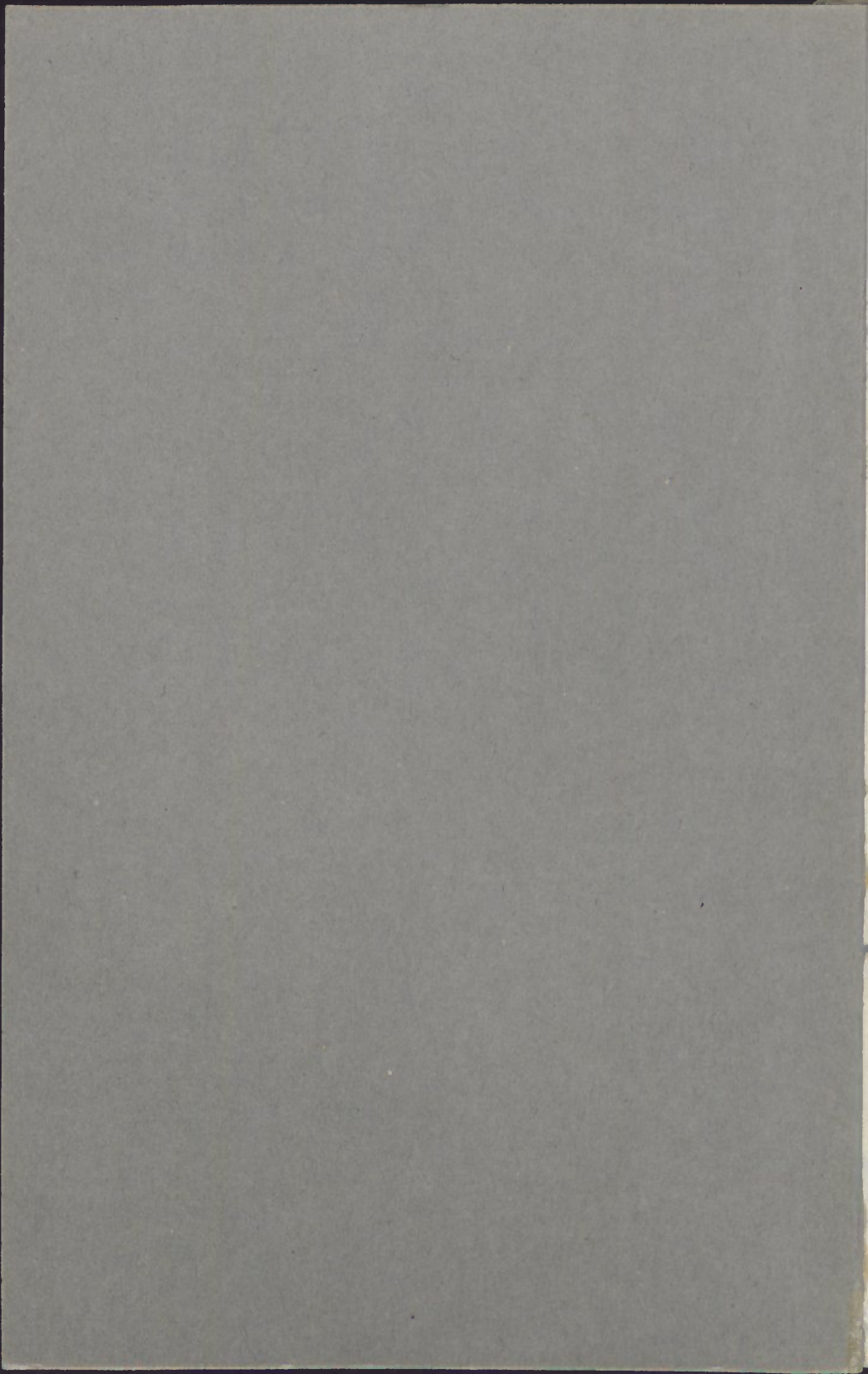


**Bibliothek
des Instituts für Weltwirtschaft
an der Universität Kiel**

Signatur

B 30881



Denkschrift

betreffend die Errichtung eines

Centralbüreaus zum Schutze des Urheber- und des Verlagsrechtes

in Leipzig.

Von

Otto Mühlbrecht.



BERLIN 1891.

Puttkammer & Mühlbrecht.

Buchhandlung für Staats- und Rechtswissenschaft.



Denkschrift

betreffend die Errichtung eines

Centralbüreaus zum Schutze des Urheber- und des Verlagsrechtes

in Leipzig.

Von Bad

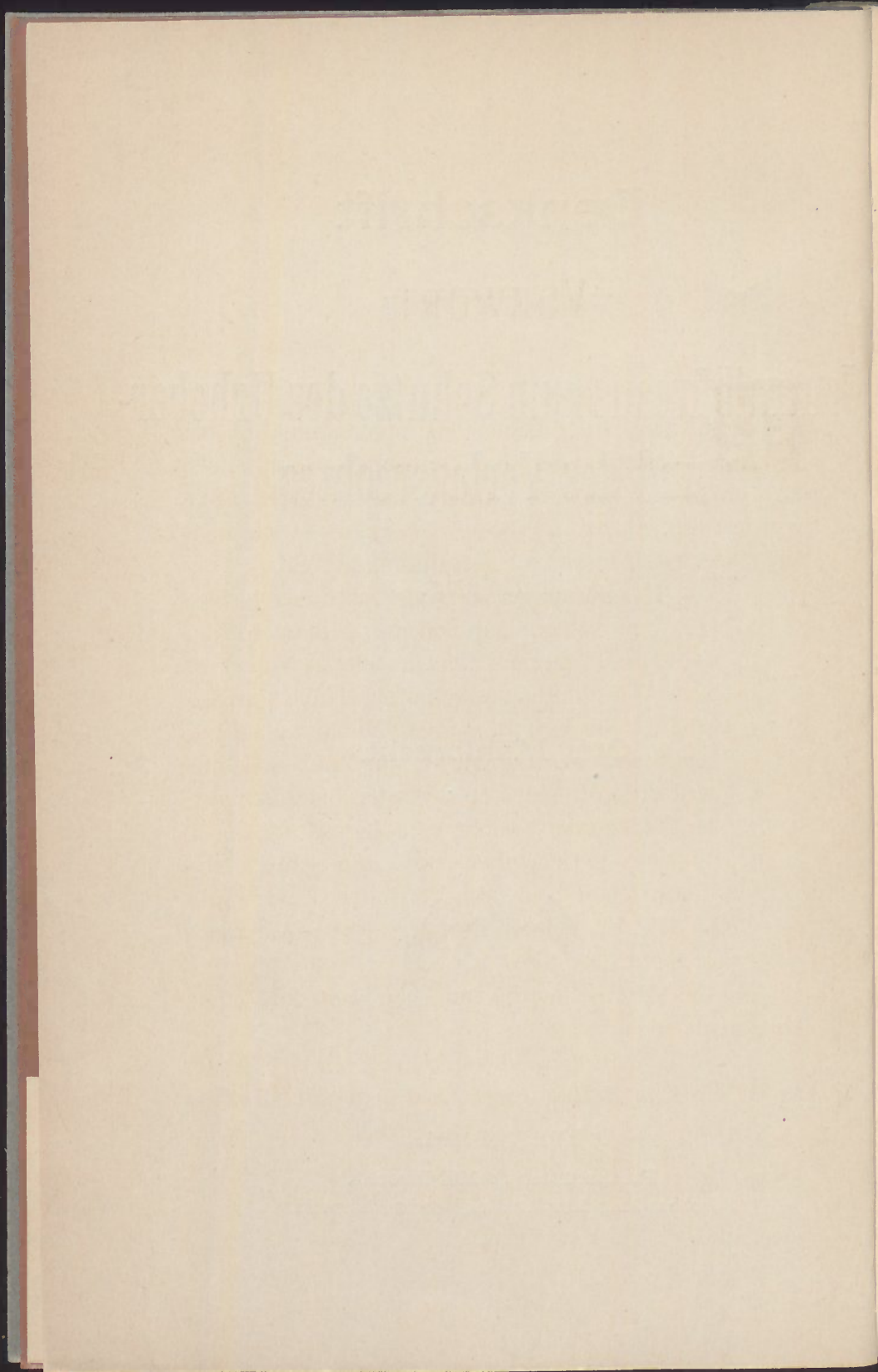
Otto Mühlbrecht.



BERLIN 1891.

Puttkammer & Mühlbrecht.

Buchhandlung für Staats- und Rechtswissenschaft.



VORWORT.



In der Ordentlichen Hauptversammlung des Börsenvereins der Deutschen Buchhändler zu Leipzig am Sonntag Cantate, den 26. April 1891, wurde von Herrn *Friedrich Adolf Ackermann* in München ein Antrag zur Berathung gestellt:

Der Börsenverein wolle beschliessen, dass von ihm schleunigst Schritte gethan werden zur Errichtung einer Centralstelle in New-York oder Washington, welche mit Hülfe der Geschäftsstelle des Börsenvereins in Leipzig in den Stand gesetzt würde, die Interessen der deutschen Verleger zu vertreten bei Ausübung der Functionen, welche den Genuss der neuen Bill vom 4. December 1890 zum Schutze des litterarischen und künstlerischen Eigenthums in den Vereinigten Staaten Nord-Amerika's erleichtern.

Dieser Antrag wurde von mir mit folgendem Amendement versehen:

Die Generalversammlung erklärt ferner die Einrichtung einer Centralstelle in Leipzig zum Schutze des Urheberrechtes für wünschenswerth; der Vorstand wird ersucht, die Angelegenheit in Erwägung zu nehmen.

Der Herr Vorsitzende brachte die beiden Anträge zusammen in der folgenden Fassung zur Abstimmung:

Die Hauptversammlung beschliesst, den Antrag des Herrn *Ackermann* sammt dem Amendement des Herrn *Mühlbrecht* dem Vorstande zu überweisen mit dem Auftrage, denselben in dem Fall zur Ausführung zu bringen, dass ihm eine solche nach näherer Prüfung der ganzen Angelegenheit im Interesse des deutschen Buchhandels zu liegen scheint, in welcher Fassung die Annahme einstimmig erfolgte.

Darauf bin ich von der Geschäftsstelle des Börsenvereins durch Schreiben vom 7. Mai 1891 aufgefordert, mich über die Ausführung meines Vorschlages eingehender zu äussern, meine Vorschläge und Begründungen in Form einer Denkschrift weiter auszuarbeiten und dem Vorstande einsenden zu wollen.

Dieser Aufforderung komme ich hiermit nach.

M.



Bei der Geschäftsstelle des Börsenvereins der deutschen Buchhändler in Leipzig laufen seit Jahr und Tag, regelmässig wiederkehrend, Anfragen ein, welche erkennen lassen, wie oft bei Autoren und Verlegern Zweifel darüber entstehen, welche Förmlichkeiten zu beobachten sind, um nach der innern deutschen Reichsgesetzgebung, wie nach den internationalen Verträgen den Schutz gegen Nachdruck, Nachbildung, Uebersetzung und unerlaubte Aufführung deutscher Werke zu erlangen. Man darf daraus schliessen, dass es nicht nur eine Erleichterung für unsere Autoren und Verleger sein, sondern auch die Rechtssicherheit vermehren dürfte, wenn eine Centralstelle zum Schutze des Urheber- und des Verlagsrechtes in Leipzig errichtet würde, deren Aufgabe es sein müsste, für die Autoren und Verleger alle gesetzlich gebotenen Schritte zur Sicherstellung des Urheberrechtes zu thun und andererseits auch alle darauf bezüglichen Anfragen zu beantworten, insbesondere auch diejenigen, welche sich auf die Erzeugnisse fremdländischer Litteratur und Kunst beziehen, welche unsere Autoren und Verleger zu benutzen die Absicht haben.

Solche Anfragen sind auch wiederholt an mich gerichtet, weil angenommen wurde, dass ich als Mitglied des Königlich Preussischen Litterarischen Sachverständigen-Vereins Auskunft darüber zu ertheilen im Stande wäre.

Das hat mich schon im Jahre 1882 veranlasst, in No. 195 des Börsenblattes für den deutschen Buchhandel die Sache zur

Sprache zu bringen und die Begründung eines solchen Centralbureaus in Leipzig vorzuschlagen. Meine Anregung fand bei dem Vorstande des Börsenvereins, dessen Vorsteher damals schon Herr Adolf Kröner war, dankenswerthe Berücksichtigung. Der Generalsecretär des Börsenvereins, Herr Dr. Paul Schmidt, unternahm im Auftrage des Börsenvereins-Vorstandes in der Zeit vom 20. bis 29. November 1882 eine Reise nach Paris und London, um an Ort und Stelle die für uns in Betracht kommenden ähnlichen Einrichtungen des französischen und englischen Buchhandels zu studieren, insbesondere um das in Paris im Januar 1882 vom Cercle de la librairie ins Leben gerufene „bureau des declarations“, auf welches ich in meinen Ausführungen im Börsenblatte besonders Bezug genommen hatte, kennen zu lernen. Ueber diese Studienreise liegt ein 57 Folio-Seiten starker Bericht des Generalsecretärs vom 20. December 1882 an den Vorstand vor, der den Acten des Börsenvereins einverleibt ist. *) Er enthält neben manchem jetzt Veralteten viele Gesichtspunkte, die noch heute durchaus beachtenswerth und für den vorliegenden Zweck brauchbar sind. Ich werde an geeigneter Stelle im Verlaufe meiner Ausführungen darauf zurückkommen.

Damals wurde der Plan vertagt, weil zu jener Zeit die schon seit Jahren vorbereiteten internationalen Vorarbeiten zum Abschluss der Berner Litterar-Convention in lebhafteren Gang kamen und angenommen wurde, dass durch das Zustandekommen dieser Convention alle die Eintragungen, welche durch die vom Deutschen Reiche mit fremden Staaten abgeschlossenen Litterar-Verträge zur Erlangung des Schutzes des Urheberrechts vorgeschrieben waren, aufgehoben sein würden. Diese Eintragungen bildeten damals allerdings die Hauptveranlassung zu meinem Vorschlage, denn sie waren nach den in Betracht kommenden Ländern verschiedener und complicirter Art und belästigten unsere Verleger sehr. Wären also durch die Berner Convention thatsächlich *alle* Formalitäten beseitigt, wäre der Schutz des Urheberrechtes einfach durch

*) Vol. XLI Reg. No. 1018.

die *Veröffentlichung* eines Werkes innerhalb des internationalen Verbandes, und zwar in befriedigendem *Umfange*, gewährleistet worden, so läge kein Grund mehr vor, das von mir geplante Bureau *der Formalitäten wegen* zu errichten. Es war damals also ganz richtig, zunächst den Abschluss der Berner Convention abzuwarten. Bis dies geschah, darüber vergingen einige Jahre; die Auswechselung der Ratifications-Urkunden der contrahirenden Staaten*) fand am 5. September 1887 in Bern statt, und die Uebereinkunft trat am 5. December 1887 in Kraft. Sie hat nun aber keineswegs *alle* Eintragungen überflüssig gemacht, auch haben sich eine Reihe von Staaten, mit denen wir in einem lebhaften Litterarverkehr stehen, dieser Convention nicht angeschlossen,**) es scheint mir deshalb jetzt noch gleich wünschenswerth, wie vor 9 Jahren, dass ein „*Centralbureau zum Schutze des Urheber- und des Verlagsrechtes in Leipzig*“ errichtet werde.

In dieser meiner Ansicht bin ich um so mehr bestärkt, als ein von mir vor 2 Jahren gemachter Versuch, die vorhandene Unsicherheit auf anderem Wege zu beseitigen, nicht den gehofften Erfolg gehabt hat. Ich veranlasste nämlich vor 2 Jahren den Wirklichen Geheimen Ober-Postrath, Professor Dr. O. Dambach, den Vorsitzenden der Königlich Preussischen Sachverständigen-Vereine, für den Börsenverein eine Darstellung der gegenwärtig geltenden litterarischen Rechtsverhältnisse auszuarbeiten. Der Genannte, dem der deutsche Buchhandel bereits verschiedene ausserordentlich lehrreiche Werke über den Schutz des geistigen Eigenthums verdankt,***) hat mit der Klarheit, die alle seine Schriften auszeichnet, die

*) Deutschland, Belgien, Spanien, Frankreich, England, Haiti, Italien, Liberia, Schweiz, Tunis, später auch Luxemburg und Monaco.

**) Oesterreich-Ungarn, Holland, Dänemark, Schweden, Norwegen, Russland und Amerika.

***) 1. Die Gesetzgebung des Norddeutschen Bundes betr. das Urheberrecht an Schriftwerken etc. Berlin 1871.

2. Gutachten des Königl. Preuss. Litterar. Sachverständ.-Vereins aus den Jahren 1864—73. Lpzg. 1874.

3. Fünfzig Gutachten über Nachdruck und Nachbildung desselben Vereins in den Jahren 1874—89. Berlin 1891.

ihm vom Börsenvereins-Vorstande durch meine Vermittelung gestellte Aufgabe in bester Weise gelöst. Er hat die schwierige, weil so sehr verwickelte Materie auf dem Umfange von 20 Druckseiten in der verständlichsten, knappsten Form behandelt, seine Arbeit wurde zuerst im Börsenblatt für den deutschen Buchhandel (1890 No. 74 vom 31. März und No. 76 vom 2. April) veröffentlicht, ging dann in das Adressbuch des deutschen Buchhandels 1889 und 1890 über und wurde auch als Sonderabdruck *) allen Börsenvereinsmitgliedern gratis zur Verfügung gestellt. Aber es sollen damals nicht Viele die Schrift bezogen haben, und heute ist es nicht mehr allgemein bekannt, dass dieser vortreffliche Leitfaden existirt, davon habe ich mich wiederholt überzeugen können. Man legt im Allgemeinen im Buchhandel den geschäftlichen Hilfsmitteln, namentlich aber den juristischen, viel zu wenig Beachtung bei und beschäftigt sich nur bei dringender Veranlassung mit der schwierigen Materie des Urheberrechtes, die allerdings ja auch nicht einmal in der Juristenwelt überall die ihr gebührende Beachtung findet.

Es würde gewiss um die Kenntniss des litterarischen Rechtes im Buchhandel besser bestellt sein, wenn in Leipzig eine dafür bestimmte Behörde vorhanden wäre, die nicht lediglich abwartete, bis man ihre Dienste in Anspruch nimmt, sondern welche durch geeignete Veröffentlichungen das Interesse dafür wach hielte, welche, wie es das bureau des declarations in Paris thut, dem Verleger bei Erscheinen geeigneter Neuigkeiten durch gedruckte Formulare seine Dienste anbietet und sich damit fortwährend in Erinnerung bringt. Es müsste, mit einem Worte, eine anregende Thätigkeit von dieser Centralstelle ausgehen, damit sich Autoren und Verleger an die regelmässige Benutzung der Einrichtung gewöhnen. Dann erst würde ihr Zweck erfüllt.

Ich werde mich später noch eingehend über die Thätigkeit der Centralstelle äussern, hier möchte ich zunächst erörtern,

*) Welche Förmlichkeiten müssen von den deutschen Urhebern und Verlegern beobachtet werden, um den Schutz gegen Nachdruck etc. ihrer Werke zu erlangen? Leipzig 1890.

in welcher Hinsicht die heutige Gesetzgebung die geplante Einrichtung noch wünschenswerth erscheinen lässt. Ich stütze mich bei dieser Ausführung auf die zuletzt citirte Dambach'sche Schrift und entnehme derselben Folgendes.

1. „Um den Schutz gegen Nachdruck und Nachbildung zu erlangen, bedarf es, abgesehen von Zeitungsartikeln, weder nach der innern deutschen Reichsgesetzgebung (Gesetz vom 11. Juni 1870 betr. das Urheberrecht an Schriftwerken etc., und Gesetz vom 9. Januar 1876 betr. das Urheberrecht an Werken der bildenden Künste), noch nach dem Berner Vertrage irgend einer Förmlichkeit, namentlich keiner Eintragung. Im Verkehr mit Oesterreich empfiehlt sich zum Schutze musikalischer Arrangements und zum Schutze der Vervielfältigung von Kunstwerken *ein ausdrücklicher Vorbehalt dieses Rechtes*. Im Uebrigen bedarf es im Verkehr auch mit Oesterreich keiner Förmlichkeiten, um den Schutz gegen Nachdruck und Nachbildung zu erlangen.“
2. „Wenn dagegen für *anonyme* oder *pseudonyme* Werke, welche nur 30 Jahre nach *Erscheinen* geschützt sind, der *verlängerte* Schutz (30 Jahre nach dem *Tode des Autors*) in Anspruch genommen werden soll, so muss sowohl nach der innern deutschen Reichsgesetzgebung, als auch nach dem Berner Vertrage der wahre Name des Verfassers binnen 30 Jahren nach Erscheinen des Werkes *zur Eintragung in die Eintragsrolle beim Stadtrath in Leipzig angemeldet werden*.“
3. „Wenn ein deutscher Verleger eines *musikalischen* oder *dramatisch-musikalischen* Werkes das *getheilte* Verlagsrecht für Deutschland erworben hat, während ein anderer Verleger das Verlagsrecht für Frankreich oder Belgien oder Italien besitzt, so muss der deutsche Verleger dafür sorgen, dass die ausländischen Ausgaben *auf dem Titel und auf dem Umschlage mit dem Vermerke versehen* werden: in Deutschland verbotene Ausgabe (*édition interdite en Allemagne*).“

4. „Um für Artikel, welche zuerst in *Zeitung*en oder *Zeitschriften* erscheinen, den Schutz gegen Nachdruck und Uebersetzung zu erlangen, empfiehlt es sich, dieselben ausnahmslos mit dem Vermerke „*Nachdruck verboten*“ zu versehen. Nur bei kurzen politischen Artikeln, Tagesneuigkeiten und vermischten Nachrichten kann dieser Vermerk unterbleiben, weil derartige Artikel nie gegen Nachdruck geschützt sind.“
5. „Um den Schutz gegen unbefugte *Uebersetzung* zu erlangen, bedarf es
 - a) im innern deutschen Verkehr und im Verkehr mit Oesterreich des *Vorbehalts* des Uebersetzungsrechtes, des *Beginns* der Uebersetzung binnen einem Jahre nach Erscheinen, der *Vollendung* derselben binnen 3 Jahren, und der *Eintragung* in die *Eintragsrolle* in Leipzig.
 - b) im internationalen Verkehr mit denjenigen Staaten, welche dem Berner Vertrage beigetreten sind, keiner Förmlichkeit, namentlich ist nicht nöthig, dass das Uebersetzungsrecht vorbehalten, oder dass eine rechtmässige Uebersetzung binnen einer gewissen Frist angefangen, vollendet oder eingetragen sei.
 - c) für die umgekehrte Frage: unter welchen Voraussetzungen ein deutscher Autor oder Verleger die Uebersetzung eines fremden, in einem der *Verbandsländer* erschienenen Werkes veranstalten darf, gilt Artikel 5 des Berner Vertrages, wonach *innerhalb zehn Jahren nach Erscheinen des Originals in Deutschland nicht ohne Genehmigung des Autors oder seines Rechtsnachfolgers übersetzt werden darf*. Es ist nicht nöthig, dass der fremde Autor die Veranstaltung der Uebersetzung ausdrücklich untersagt hat. Dagegen können Werke solcher Autoren, welche nicht den *Verbandsländern* (oder Oesterreich)

angehören, und ihre Werke in einem Nicht-Verbandslande haben erscheinen lassen, ungehindert in Deutschland übersetzt werden.“

6. „Um den Schutz gegen unbefugte *Aufführung dramatischer oder dramatisch-musikalischer Werke* zu erlangen, sind im innern deutschen Verkehr und nach dem Berner Vertrage besondere Förmlichkeiten nicht zu erfüllen. Nur bei *anonymen* und *pseudonymen* Werken bedarf es, um den *verlängerten* Schutz (30 Jahre nach dem Tode des Urhebers) zu erhalten, der *Eintragung* des wahren Namens des Verfassers etc. in die *Eintragsrolle in Leipzig* binnen 30 Jahren nach Erscheinen, oder von der ersten Aufführung ab, bezw. der Veröffentlichung des Werkes unter dem wahren Namen des Urhebers.“
7. „Wenn der Urheber eines durch den Druck veröffentlichten *musikalischen* Werkes (im Gegensatz zu dramatisch-musikalischen Werken) sich das Recht der *öffentlichen Aufführung* desselben vorbehalten will, so muss er auf dem Titelblatte oder an der Spitze des Werkes, und zwar auf jedem Exemplare jeder Auflage, *die öffentliche Aufführung ausdrücklich untersagen*. Dies gilt sowohl nach der innern deutschen Gesetzgebung, als auch im internationalen Verkehr mit den Verbandsstaaten.“
8. „Im Verkehr mit Oesterreich muss der Urheber von dramatischen, musikalischen und dramatisch-musikalischen Werken, welche durch den Druck veröffentlicht sind, *sich das Aufführungsrecht vorbehalten* durch eine auf dem Titel jedes Exemplars vorgedruckte, mit seinem gedruckten Namen versehene Erklärung.“

So liegt die Sache heute. Man sieht daraus, dass noch in manchen Fällen *die Eintragung in Leipzig* erforderlich ist, und dass ein Autor, Selbstverleger oder Verleger wohl mitunter Veranlassung haben kann, sich nach den Formalitäten umzusehen, damit er sich vor Schaden bewahre. Diese laufenden Geschäfte, *das Eintragen in die Leipziger Eintragsrolle* und

die *Ertheilung jeder Art von Auskunft* soll die Centralstelle in Leipzig besorgen.

Aber hierauf allein möchte ich die Thätigkeit der Centralstelle nicht beschränkt sehen. Ich will ihr noch ein anderes Gebiet zuweisen, auf dem sie uns ungleich wichtigere Dienste leisten könnte, ich meine *die Wahrnehmung der deutschen Interessen denjenigen Ländern gegenüber, die bisher noch keinen Litterar-Vertrag mit Deutschland abgeschlossen, und sich auch an der Berner Convention nicht betheiligt haben.* Dies gilt für Amerika, Russland, die skandinavischen Länder und Holland. In diesen Ländern wird jahraus jahrein jedes gangbare Werk, das in Deutschland neu erscheint, ohne Weiteres übersetzt, auch mitunter einfach nachgedruckt; letzteres gilt insbesondere von Musikalien, nicht zu reden von dramatischen und dramatisch-musikalischen Werken, deren Aufführung in den genannten Ländern jeder Controle entzogen ist. Unsere Autoren, Componisten, Künstler und Verleger sind diesen Ländern gegenüber völlig rechtlos, ein Zustand, der sich bei unsern heutigen Begriffen vom Urheberrecht, bei den internationalen Rechtsgrundsätzen der Berner Convention auf die Dauer nicht mehr wird ertragen lassen, es müssen alle Hebel angesetzt werden, ihn zu beseitigen.

Man verspricht sich zwar in manchen Kreisen bei uns eine Besserung der litterarischen Zustände in *Amerika* von der copyright bill, welche vom Congress in Washington am 3. März d. J. angenommen ist und am 1. Juli d. J. in Kraft treten soll. Die Praxis wird jedoch, meines Erachtens, bald lehren, dass der uns gewährte Schutz so grosse Kosten erfordert, dass man bei uns vorziehen wird, lieber auf den Schutz ganz zu verzichten. Abschnitt 4956 der Bill schreibt nämlich vor, dass zur Erlangung des Urheberschutzes in Amerika der *Titel* des Buches oder Werkes oder eine *Beschreibung* des Kunstwerkes vor dem oder spätestens am Tage der Veröffentlichung im In- oder Auslande in der Geschäftsstelle des Congress-Bibliothekars *eingetragen*, sowie dass ferner nicht später als am Tage der Veröffentlichung *zwei Exemplare* des eingetragenen Werkes, oder eine Photographie des Kunstwerkes

beim Congress-Bibliothekar *eingereicht* sein sollen, unter der Bedingung jedoch, dass in Betreff eines *Buches*, einer *Photographie*, eines *Farbendrucks* und einer *Lithographie* die vorschriftsmässig eingereichten zwei Exemplare von *in den Vereinigten Staaten gesetzten Typen gedruckt*, oder von Negativen, Platten, oder Steinen, *die in Amerika hergestellt sind*, erzeugt sein müssen. Das Gesetz verlangt also, neben der Erfüllung der zur Erlangung des Urheberschutzes nöthigen *Formalitäten*, von diesen vier Gattungen von Werken auch noch *die Herstellung neuer Auflagen in Amerika*, und zwar mit amerikanischem Material! Bekanntlich sind aber die Herstellungskosten drüben in Folge der dortigen hohen Arbeitslöhne und Papierpreise etc. bedeutend grösser als bei uns. Es wird also wohl wenige Unternehmungen in Deutschland geben, welche einen solchen Kostenaufwand tragen können. Was kann ein solcher Schutz uns nützen?!

Daneben allerdings giebt es noch eine Reihe von Artikeln, von denen das amerikanische Gesetz nicht verlangt, dass sie, um geschützt zu sein, drüben hergestellt sein sollen, nämlich: *Karten, Pläne, dramatische und musikalische Werke, Kupfer- und Stahlstiche, Holzschnitte, Gemälde, Zeichnungen und Bildhauerarbeiten* u. A. m., es genügt, dieselben beim Congress-Bibliothekar *einzutragen* und zu *hinterlegen*. Als Gebühr wird von Ausländern 1,50 Dollar erhoben, welcher Betrag zu einer beglaubigten Abschrift der Eintragungs-Urkunde berechtigt.

Hier also würde sich für das Centralbüreau in Leipzig reichliche Arbeit finden, um die schwierigen Förmlichkeiten für die deutschen Verleger etc. in Amerika zu vermitteln. Ich bin nicht der Ansicht des Herrn Ackermann, die er durch seinen Antrag in der letzten Cantate-Versammlung des Börsenvereins ausgesprochen hat: Durch den *Börsenverein* eine Centralstelle in *New-York* oder *Washington* zu errichten, um durch diese unsere deutschen Interessen wahrnehmen zu lassen. Das dürfte dem Börsenverein unter Umständen theuer zu stehen kommen, abgesehen von der Schwierigkeit, eine im Auslande domicilirte Einrichtung des Börsenvereins unter Controle zu behalten.

Wohl aber erblicke ich in der copyright bill eine besonders wichtige Veranlassung dafür, die Centralstelle zum Schutze des Urheber- und des Verlagsrechtes in *Leipzig* zu begründen, so wichtig, dass ich deshalb mein Amendement zu dem Ackermann'schen Antrage eingebracht habe. Die Centralstelle in *Leipzig* soll neben verschiedenen anderen Aufgaben auch noch die eine sehr wichtige zu lösen haben, *unsern Verkehr mit den Vereinigten Staaten von Amerika in die Hand zu nehmen*. Sie würde zu ermitteln haben, auf welche zweckmässigste und billigste Weise unsere Interessen drüben vertreten werden können. Es liegt mir z. B. die Mittheilung einer deutsch-amerikanischen Firma in New-York vor, die sich anbietet, schnell, sicher und billig für Rechnung ausländischer Verleger und Autoren Alles zu besorgen, was zur Erlangung des Rechtsschutzes durch die copyright bill vorgeschrieben ist. Es scheint mir völlig ausreichend zu sein, ein derartiges Abkommen mit einer drüben wohnenden Firma oder Privatperson zu treffen, die bei der Hinterlegungsstelle in Washington oder in welcher sonst nöthigen Weise Alles besorgt, während diese die Centralstelle in Leipzig Alles in die richtigen Wege leitet. Letztere kann den Interessenten mit gedruckten Formularen und Erläuterungen die Manipulation für eine geringe Gebühr sehr erleichtern, und die Kosten drüben werden von Fall zu Fall ebenso durch Gebühren von Denjenigen getragen, welche von der Einrichtung Gebrauch machen wollen.

Frankreich hat bereits eine solche Einrichtung, wie ich sie hier vorschlage, getroffen. Nach einer Mittheilung des „Journal de l'imprimerie et de la librairie“ vom Juni d. J. wurde in New-York eine „Agence française du Copyright“ gegründet, um den französischen Urhebern und Verlegern bei Erlangung des Urheberrechtsschutzes ihrer Werke in den Vereinigten Staaten dienstbar zu sein. Es wird mitgetheilt, dass diese Agence française durch notarielle Verträge der „représentant exclusif et général aux Etats-Unis de la Société des gens de lettres et de la Société des auteurs, éditeurs et compositeurs de musique“ sei. Auch der „Cercle de la librairie“ schloss einen bezüglichen Vertrag mit der Agence

und wird diejenigen Werke französischen Ursprungs, deren Schutz in den Vereinigten Staaten gewünscht wird, von den Urhebern oder Verlegern in seinem „Bureau des déclarations“ entgegennehmen und sie der Agence überweisen. Secretär der Agence ist M. Montaugé, Paris, 26 rue Caumartin. An Auslagen und Honorar berechnet die Agence, ausser den vom Auftraggeber zu leistenden Versandkosten bis New-York, 25 Francs für jedes zu schützende Werk.*)

Die copyright bill vom 3. März 1891 ist in meinen Augen, soweit sie den deutschen Buchverleger angeht, ein wahres Monstrum, wofür wir uns bei dem famosen Zoll-Napoleon, dem Major Mc. Kinley, bedanken können, der seine Segnungen der potencirten Prohibitivzöllnerei auch auf das Gebiet des literarischen Rechtes auszudehnen verstanden hat.

Es ist nicht uninteressant zu sehen, wie man in Amerika unterschieden hat zwischen dem geistigen Eigenthum an *Erfindungen*, denen man kräftigsten Schutz gewährt, auch den ausländischen, und dem geistigen Eigenthum an *Schrift- und Kunstwerken*, denen man den internationalen Schutz versagt. Dictirt wird diese Tactik von dem Bestreben, die einheimische technische Industrie durch den Patentschutz zu heben und zu entwickeln, während man die geistigen Erzeugnisse der Culturvölker der alten Welt sich auf billigstem Wege nutzbar machen will. Einer Schmälerung dieser geistigen Annehmlichkeit wird in gewissen Kreisen der zäheste Widerstand entgegengesetzt.

In der „American Authors' Copyright League“, der Vereinigung der amerikanischen Schriftsteller, ist allerdings längst die Ueberzeugung durchgedrungen, dass mit den veralteten Anschauungen gebrochen werden muss, dass nur die *gleichmässige Gegenseitigkeit des Urheberrechtsschutzes* anderen Ländern gegenüber das Endziel der amerikanischen Gesetzgebung sein darf. Dieser Vereinigung der anständigen und einsichtsvollen

*) Börsenblatt für den deutschen Buchhandel No. 143 vom 24. Juni 1891.

Männer ist auch die Einbringung der Bill, und zwar in ursprünglich anderer, für das Ausland günstigerer Form beim Congresse zu danken gewesen. Das Unterhaus liess den Entwurf glatt durchgehen. Erst bei der Lesung im Senat vollzog sich die Einstellung der erschwerenden Bedingungen unter dem directen Einflusse der Verleger, Schriftsetzer und Druckereibesitzer, unterstützt von den Vertretern der mechanisch vervielfältigenden Gewerbe; die Letzteren wollten an den den Ersteren gewährten Vergünstigungen auch theilnehmen und setzten deshalb die Einschränkung für die vorgenannten vier Gattungen von Werken noch in letzter Stunde durch, der Präsident sanctionirte das Gesetz, und jetzt wundert sich alle Welt über die den Protectionisten gelungene Ueberrumpelung. Immerhin haben wir mit dem Gesetz, so wie es ist, vorläufig zu rechnen und müssen uns danach einrichten; doch ist zu hoffen, dass ein auf so sonderbare Weise zustande gekommenes Gesetz in nicht ferner Zeit wieder corrigirt werden möge, und dass es den vereinten Bestrebungen sowohl der einsichtigen Leute drüben wie bei uns, doch noch gelingen wird, die Vereinigten Staaten von Amerika zum Beitritt zur Berner Convention zu veranlassen. Es ist hierdurch allein der gedeihliche Frieden auf litterarischem Gebiete zwischen der alten und der neuen Welt herzustellen.

Nach diesem Verweilen bei dem amerikanischen Gesetz, das mir in Anbetracht des Ackermann'schen Antrages geboten erschien, wende ich mich zu den anderen von mir genannten Ländern: Russland, Holland, Dänemark, Schweden und Norwegen. Ich beschränke mich darauf, für die Thätigkeit der Centralstelle diesen Ländern gegenüber nur einige *ganz allgemeine Gesichtspunkte* aufzustellen. Es sei mir dabei gestattet darauf hinzuweisen, dass ich seit 25 Jahren unausgesetzt bemüht gewesen bin, den Abschluss eines Litterarvertrages mit *Holland* herbeizuführen, und dass ich dabei manche Erfahrung habe machen können, die mir erlaubt, ein Urtheil abzugeben.

Litterar-Verträge sind bei den Bevölkerungen der genannten Staaten sehr unbeliebt. Es wird von unseren Gegnern

mit Recht darauf hingewiesen, dass der Vortheil bei dem Zustandekommen eines solchen Vertrages nur auf Seiten Deutschlands liegt. Russland so wenig wie Holland und die skandinavischen Länder haben eine Litteratur, deren Bedeutung sich auch nur annähernd mit der deutschen messen könnte. Es handelt sich also nicht um gleiche Werthe, die man gegenseitig schützen könnte, wie es bei England, Frankreich und Italien der Fall ist, deren litterarische Bedeutung der deutschen gleichsteht. Bei dieser unbestreitbaren Sachlage mag es wohl unsern vertragslosen Nachbarn als eine harte Zumuthung erscheinen, dass sie Verzicht leisten sollen auf das Gewohnheitsrecht, mit der deutschen Litteratur in Nachdruck und Uebersetzung nach Belieben frei schalten und walten zu können. Denn diese wichtige Quelle der geistigen Nahrung ist von eminenter Bedeutung nicht nur für alle Industriezweige, sondern hauptsächlich für die ganze Culturentwicklung unserer Nachbarn. Es hiesse deshalb auch geradezu Unmögliches verlangen, wenn man *den Verzicht* auf die Benutzung unserer Litteratur überhaupt und ohne jede Einschränkung forderte. *Dies* Argument wird uns denn auch gewöhnlich entgegengehalten, wenn man deutscherseits von der Nothwendigkeit eines Vertrages spricht. Aber darum handelt es sich gar nicht, sondern lediglich *darum*, dass eine *Entschädigung* für die Benutzung deutscher Werke gezahlt werden soll, dass unsere Autoren und Verleger p. p. in ihren geistigen und materiellen Interessen nicht gänzlich schutz- und rechtlos sein sollen.

Nun werden wir aber, nach meiner festen Ueberzeugung, bei den genannten Staaten, der Interessen-Ungleichheit wegen, *niemals ein freiwilliges Eingehen auf unsere Forderung* nach einem Litterar-Vertrage zu erwarten haben, wenn diese heikle Frage *allein*, ohne Zusammenhang mit einer anderen behandelt wird. Selbst wenn eine der in Betracht kommenden Regierungen so viel freien Blick und Selbstverleugnung zeigen sollte, dass sie auf bezügliche Verhandlungen mit unserem Auswärtigen Amt sich einlassen sollte, so wird doch stets der Widerstand in der Bevölkerung gegen solche Abmachungen

so stark sein, dass die Regierung damit in Conflict gerathen würde. Das lehrt uns das Beispiel Hollands.

Hier liegt der von den Vertretern der deutschen und holländischen Regierung am 13. Mai 1884 im Haag unterzeichnete Vertrags-Entwurf, betr. die Litterar-Convention, vor, er ist vom Deutschen Reichstag am 19. Juni 1884 in dritter Lesung angenommen und der holländischen Zweiten Kammer im September 1884, also vor jetzt sieben Jahren zur Genehmigung vorgelegt. Man hat ihn dort in die Commission verwiesen, die ganze öffentliche Meinung machte Front gegen den Entwurf, und so hat denn die Commission in ihrem Bericht vom 1. Juli 1885 dem Hause die *Nicht-Annahme* empfohlen. Damit ist der Instanzenweg erschöpft, die holländische Regierung hütet sich vorläufig wohlweislich, den Gegenstand nochmals auf die Tagesordnung einer Plenarverhandlung zu setzen, das Haus würde die Vorlage einfach im Sinne des Commissionsberichtes ablehnen, und damit wäre der Regierung, die sich Deutschland gegenüber stark engagirt hat, eine empfindliche Niederlage bereitet. Jetzt besteht für sie wenigstens noch die Möglichkeit, eine für die Entscheidung günstigere Zeit abzuwarten und dann erst die Vorlage wieder vorzulegen. Aber wann wird diese günstige Zeit kommen?

Ich habe eine solche Wendung vorausgesehen, und zur Vermeidung derselben schon vor zwanzig Jahren in einer Denkschrift,^{*)} welche ich im Jahre 1872 auf Julius Springer's Veranlassung zu den Acten des Börsenvereins gab, darauf hingewiesen, dass man deutscherseits darauf bedacht sein müsse: *„eine passende Gelegenheit zu benutzen, wo die Holländer in der Lage wären, auf einem anderen Felde sich von Deutschland eine Concession machen zu lassen, alsdann könnte von deutscher Seite der Abschluss einer Litterar-*

^{*)} Denkschrift, betreffend eine eventuelle Litterar-Convention zwischen Deutschland und dem Königreich der Niederlande. Auf Veranlassung des Vorstandes des Börsenvereins der deutschen Buchh. ausgearbeitet von O. M. 22 Seiten Folio. Stuttgart 1874. Cotta'sche Buchhandlung.

Convention als Gegenleistung zur Bedingung gemacht werden.“ Ein solches Aequivalent auf anderem Gebiete sind wir den Nachbarn schuldig, denn sie bringen in einem Litterar-Vertrage ein *grösseres* Opfer als wir. Es kommen ja im Verkehr der Völker untereinander häufig Gelegenheiten vor, bei denen Interessen gegenseitig auszutauschen sind. Ich nenne als Beispiel für Holland die Freigabe der Küstenschiffahrt oder Seefischerei in bestimmten Districten, oder Erleichterungen in der Lachsfischerei, Anschlüsse an wichtige deutsche Eisenbahnlinien u. dergl. Wenn man in solchem Falle die deutsche Zustimmung von der Annahme des Litterar-Vertrages abhängig machte, so ist es wohl leicht denkbar, dass die auf dem *anderen* Gebiete in Frage kommenden Interessen für *Gesamt-Holland* doch von grösserer Bedeutung sein könnten, als die Sonder-Interessen der Autoren und Verleger, und dass *dann* die holländische Regierung damit einen ausreichenden Druck zu Gunsten der Litterar-Convention auf die Zweite Kammer ausüben könnte.

Man hat es bis jetzt noch bei uns verschmäht, ein solches Mittel anzuwenden, aber *was wird schliesslich Anderes übrig bleiben?* Hat doch Frankreich, meines Wissens, unter Napoleon III. Abschlüsse von Handelsverträgen von dem gleichzeitigen Eingehen von Litterar-Verträgen abhängig gemacht. Und findet nicht ein fortwährender Zollkrieg unter den Staaten statt, ein beständiger Austausch von Interessen auf den Gebieten der Industrie-Erzeugnisse und der Nahrungsmittel?! Man wird sich auch bei uns an den Gedanken gewöhnen müssen, den genannten Staaten gegenüber, *Amerika nöthigenfalls eingeschlossen*, die idealen Litterar-Verträge mit ganz materiellen Fragen zu verbinden, will man überhaupt zum Ziele kommen.

Von diesem Standpunkte betrachte ich es als ein günstiges Zeichen, dass in der wohlunterrichteten „Nationalzeitung“ vom 8. Mai d. J. ein beachtenswerther Artikel die sensationelle Mittheilung brachte, die Reichsregierung erwäge die Kündigung des deutsch-französischen Litterar-Vertrages vom 19. April 1883 für den Fall, dass Frankreich sein geplantes prohibitives

Zollsystem zur Ausführung bringen sollte. Und in Belgien und in der Schweiz haben die Regierungen bereits die Verträge, welche den Schutz des geistigen Eigenthums gewährleisten, als eine Waffe im Zollkriege verwerthet. Ich verkenne nicht das Bedenkliche eines solchen Vorgehens, eine Beunruhigung unserer Autoren und Verleger im litterarisch-artistischen Verkehr mit Frankreich könnte wichtige Interessen bei uns ganz erheblich benachtheiligen. Aber Russland, Holland, Dänemark, Schweden und Norwegen gegenüber liegt die Sache anders, es wird uns da schliesslich nichts Anderes übrig bleiben, als die Kampfmittel zu nehmen, wo man sie findet, und je eher dies geschieht, um so besser wäre es.

Ich erachte es deshalb als eine wichtige Aufgabe des Centralbüreaus zum Schutze des Urheber- und des Verlagsrechtes in Leipzig, *fortwährend Umschau danach zu halten, wo sich etwa bei günstiger Gelegenheit einer der noch rückständigen Litterar-Verträge schliessen, oder Anschluss an die Berner Convention herbeiführen liesse.* Man wird zu dem Zwecke Fühlung mit massgebenden Personen, insbesondere mit dem Reichs-Justizamte und dem Auswärtigen Amte, auch mit geeigneten Mitgliedern des Reichstages unterhalten müssen, um gut unterrichtet, und zur rechten Zeit der thätigen Mitwirkung sicher zu sein.

Dass sich auf diese Weise manches erreichen lässt, habe ich selbst erfahren, und ich glaube durch einen Hinweis darauf keine Indiscretion zu begehen. Ende 1873 habe ich in Gemeinschaft mit *Ferd. Freiligrath, Emanuel Geibel, Edmund Hoefler* und der *Cotta'schen Buchhandlung* eine Agitation ins Leben gerufen, der sich damals alle grösseren Verleger, Autoren, Componisten und viele Künstler anschlossen, betreffend den Abschluss einer Litterar-Convention mit Holland. Sie gipfelte in einer Petition an den Reichskanzler und an den Reichstag, welche in diesem von den Professoren v. Gneist und v. Schulte warm befürwortet wurde. Dieselbe Petition habe ich dann noch dreimal, in den Jahren 1874, 1876 und 1878 beim Reichstage eingebracht, daneben war ich unausgesetzt *in der Presse und persönlich in Berlin im Interesse der Sache*

thätig. *) Auf deutscher Seite ist denn auch, wie vorhin bemerkt, Alles erreicht, was zu wünschen war. Aber mein persönlicher Einfluss reichte nicht so weit, der Haltung der holländischen Zweiten Kammer gegenüber die deutsche Regierung zu einer Massregel, wie ich sie vorhin andeutete, zu veranlassen. Die Autoritäten der Bewegung von 1873 sind inzwischen gestorben, das Interesse in weiteren Kreisen war im Verlaufe der langen Zeit erkaltet, was vermag in solch' wichtiger Frage der einzelne Privatmann!

Aber ich bin überzeugt, dass noch jetzt ein Centralbureau, wie ich es vorschlage, sehr wohl im Stande sein wird, gestützt auf die Wichtigkeit der von ihm vertretenen Gesamtinteressen, gestützt auf das persönliche Ansehen und die Verbindungen seiner Mitglieder und gestützt auf seine Eigenschaft als Organ des Börsenvereins, *die ins Stocken gerathenen Unterhandlungen mit Holland doch noch zu einem befriedigenden Abschluss zu führen.*

Haben wir doch kürzlich erst beim Festmahle der diesjährigen Cantate-Versammlung des Börsenvereins in Leipzig es aus dem Munde des jetzigen Herrn Reichsgerichts-Präsidenten, bis vor kurzem Staatssecretär des Reichs-Justizamtes, Excellenz *von Oehlschläger* hören können, welch' hohen Werth er auf die Mitwirkung des Börsenvereins bei der litterarischen Gesetzgebung legt. Er wies dankend hin auf die Verdienste des Börsenvereins um das Zustandekommen des Gesetzes vom 11. Juni 1870 und der Litterar-Verträge, die Deutschland mit anderen Staaten abgeschlossen hat. Und in der That sind diese Verdienste sehr bemerkenswerth, und ich kann es mir nicht versagen, ihrer auch an dieser Stelle zu gedenken. **)

Der Börsenverein hat im Jahre 1857 die ersten Schritte gethan, um das Chaos der etwa 30 verschiedenen deutschen

*) Mein ganzes Actenmaterial, etwa 350 Nummern umfassend, habe ich im vorigen Jahre der Börsenvereins-Bibliothek überwiesen.

**) Vergleiche Dambach, Urheberrecht. Berlin 1871. Einleitung Seite 2 ff.

Nachdrucksgesetze, welche damals friedlich und feindlich nebeneinander in Kraft waren, zu beseitigen. Er liess durch 3 Juristen den ersten „*Entwurf eines Gesetzes für Deutschland zum Schutze des Eigenthums an Werken der Wissenschaft und Kunst gegen Nachdruck und Nachbildung*“ bearbeiten. Diesen Entwurf legte die Königlich sächsische Regierung im Jahre 1862 der Bundesversammlung mit dem Antrage vor, ihn von einer Sachverständigen-Commission prüfen zu lassen. Das geschah, und so gelangte er 1864 nochmals als Gesetzentwurf an die Bundesversammlung. Die Ereignisse von 1866 verhinderten indessen das Zustandekommen des für Deutschland und Oesterreich gemeinsam entworfenen Gesetzes.

Der Bundesrath nahm dann im Jahre 1868 die Sache wieder auf und liess durch Professor Kühns einen neuen Entwurf herstellen, der aber formell und materiell im Wesentlichen mit dem Börsenvereins-Entwurfe von 1857 übereinstimmte. Dann nahmen Mitglieder des Börsenvereins in Folge ergangener Aufforderung des Bundesrathes an den Berathungen theil, welche in den Tagen vom 9. bis 13. Februar 1869 in Berlin über diesen Entwurf stattfanden, dieselben wurden bald darauf vom Börsenvereinsvorstande nochmals in Leipzig versammelt, und haben einen sehr ausführlichen Bericht über diese Verhandlungen veröffentlicht.

Schliesslich wurde dem Geh. Rath Dambach vom Bundesrathe die letzte Bearbeitung übertragen, und in dessen Gestaltung gelangte der Entwurf am 14. Februar 1870 an den Reichstag, wo er in der heutigen Fassung am 20. Mai 1870 in dritter Lesung angenommen und am 11. Juni vom Bundespräsidium bestätigt wurde.

Es sei ferner daran erinnert, wie auf Veranlassung des Bundeskanzleramtes vom Börsenvereins-Vorstande in den Tagen vom 4. bis 6. September 1871 in Heidelberg eine Commission zusammenberufen war, die einen *Normalvertrag* ausarbeitete für *Litterarconventionen zwischen Deutschland und fremden Staaten*. Und weiterhin nahmen Angehörige des Börsenvereins auf Vorschlag des Reichs-Justizamts an der Bundesraths-

Sitzung am 5. März 1883 theil, um als Sachverständige vor dem Abschluss der *Litterarconvention mit Frankreich* gehört zu werden.

Und schliesslich sei auch noch erwähnt, wie auf den Wunsch des Reichs-Justizamtes ein Vertreter dieser Behörde an den Beratungen theilgenommen hat, welche der Börsenvereins-Ausschuss der neu zu entwerfenden *Verlagsordnung* am 7. und 8. April dieses Jahres in Leipzig abgehalten hat.

Das sind Beweise dafür, welchen Werth die Regierung darauf legt, in Fragen der Litterar-Gesetzgebung Vertreter des Börsenvereins als Sachverständige zu hören. Und deshalb bin ich der Meinung, dass es der Regierung nur erwünscht sein kann, wenn wir durch Schaffung eines „*Centralbüreaus zum Schutze des Urheber- und Verlagsrechtes in Leipzig*“ ein Organ in's Leben rufen, welches bei Lösung der Aufgabe: *Regelung unserer Litterar-Verhältnisse mit Amerika, Russland, Holland, Dänemark, Schweden und Norwegen* sachkundig helfend mit einzugreifen im Stande ist.

Ich wende mich nun noch einem dritten Gegenstande zu, den ich ebenfalls für geeignet halte, der Thätigkeit des Centralbüreaus überwiesen zu werden: *Schlichtung von Streitigkeiten zwischen Autoren und Verlegern*, soweit sie nicht nach § 31 des Reichsgesetzes vom 11. Juni 1870 und nach § 4 der Instruction vom 12. December 1870 der Zuständigkeit der staatlichen Sachverständigen-Vereine unterliegen.

Die angezogenen Gesetzesstellen bestimmen:

- I. Die Sachverständigen-Vereine haben auf Erfordern der Gerichte Gutachten abzugeben über technische Fragen, von welchen abhängt:
 - a) der Thatbestand des Nachdrucks von Schriftwerken oder lehrhaften Abbildungen;
 - b) der Thatbestand der unerlaubten Aufführung eines dramatischen Werkes;
 - c) der Betrag des durch den Nachdruck oder die unerlaubte Aufführung entstandenen Schadens, bezw. der Bereicherung.

II. Die Sachverständigen-Vereine dürfen auf Anrufen der Beteiligten über streitige Entschädigungsansprüche und über die Einziehung als Schiedsrichter verhandeln und entscheiden.

„Es sind wiederholt Fälle vorgekommen, in denen die Gerichte oder die Parteien über *andere*, als die vorstehend angegebenen Punkte, namentlich über verlagsrechtliche Fragen, das Gutachten des Sachverständigen-Vereins erbeten haben. Derartige Anträge haben stets abgelehnt werden müssen, da die Sachverständigen-Vereine über die *gesetzlich* gezogenen Grenzen ihrer Zuständigkeit selbstverständlich nicht hinausgehen dürfen.“ (Dambach, Fünfzig Gutachten über Nachdruck etc., Berlin 1891, Seite XXI und XXII.) Diese *anderen* von der Kompetenz der Sachverständigen-Vereine ausgeschlossenen Fälle möchte ich dem Centralbüreau in Leipzig überwiesen sehen.

Der Börsenverein steht im Begriff, eine „*Verlagsordnung*“ zu schaffen, welche in Anbetracht ihrer gründlichen Durchberathung, an welcher *Verleger, Juristen und Autoren* in drei Lesungen mitarbeiten, wohl als ein Normalvertrag zwischen Autor und Verleger anzusehen sein wird, ebenso, wie die „*Verkehrsordnung*“ es in dem Verkehr zwischen Verleger und Sortimenten künftighin sein soll. Wenn in diese Verlagsordnung die Bestimmung aufgenommen wird, dass in Zweifel- oder Streitfällen der Schiedsspruch des „Centralbüreaus zum Schutze des Urheber- und des Verlagsrechtes in Leipzig“ massgebend sein soll, so würden dadurch zweifellos manche Streitsachen, die jetzt gerichtlich ausgetragen werden müssen, dem Centralbüreau zur Entscheidung zufallen.

Denn es darf wohl angenommen werden, dass viele Verleger die „*Verlagsordnung*“ ihren Abmachungen mit Autoren zu Grunde legen werden, in welchem Falle sie Rechtskraft wie jeder andere Vertrag erhalten würde. Die Parteien würden dann rechtlich verpflichtet sein, bei Differenzen den Schiedsspruch des Centralbüreaus einzuholen, und sich dem Schiedsspruche zu unterwerfen.

Das Centralbüro wird bei der Art seiner Zusammensetzung, auf die ich gleich kommen werde, sehr wohl in der Lage sein, solche Schiedssprüche zu fällen. Jede vorkommende Sache wird von einem Referenten vorbereitet und dem Collegium vorgetragen, das darüber in Berathung tritt, und seine Entscheidung den Parteien durch den Schriftführer mittheilt. Das Referat kann mündlich sein, die Verhandlung sachlich kurz, und ebenso der Schiedsspruch, ohne Motivirung; schwierige und umfangreiche Sachen muss das Centralbüro ablehnen dürfen. *Es soll also den Sachverständigen-Vereinen keine Concurrenz gemacht werden*, ich möchte nur den jetzigen Uebelstand beseitigen, dass in Bagatellsachen die Parteien lediglich auf gerichtliche Hilfe angewiesen sind, was in Anbetracht der hohen Prozesskosten keine Annehmlichkeit ist. Für die schiedsrichterliche Ausgleichung derartiger Streitfragen müsste eine in bescheidenen Grenzen gehaltene Gebühr entrichtet werden. Dem Centralbüro würden dadurch Einnahmen zugeführt, die willkommen sein werden, auch das Ansehen dieses Börsenvereins-Organes würde dadurch befestigt.

Die *Zusammensetzung des Centralbüros* denke ich mir folgendermassen:

1. Das „Centralbüro zum Schutze des Urheber- und des Verlagsrechtes in Leipzig“ ist eine Einrichtung des „Börsenvereins der deutschen Buchhändler“, ist als solche von einer Hauptversammlung des Vereins ins Leben zu rufen und vorschriftsmässig zu erneuern; ist dem Vorstande des Börsenvereins unterstellt, und hat im Deutschen Buchhändlerhause seine Geschäftsstelle.

2. Das Centralbüro besteht aus 7 ordentlichen Mitgliedern, wählt aus seiner Mitte einen Vorsitzenden und giebt sich selbst eine Geschäftsordnung. Es soll bestehen aus 2 Buchhändlern, 1 Musikalien- und 1 Kunsthändler, 2 Autoren und 1 Juristen. Nur die Buch-, Musikalien- und Kunsthändler müssen Mitglieder des Börsenvereins sein. Für jedes ordentliche Mitglied ist ein *Stellvertreter* zu wählen. Bei besonderer Veranlassung können auch die Stellvertreter neben den ordent-

lichen Mitgliedern vom Vorsitzenden zur Berathung hinzugezogen werden, auch steht dem Centralbureau bei besonderer Veranlassung das Recht zu, *andere Sachverständige* zu den Berathungen hinzuzuziehen. Der Vorsteher des Börsenvereins hat als solcher das Recht, allen Versammlungen des Centralbureaus beizuwohnen, er kann in solchem Falle den Vorsitz führen, ist aber nicht verpflichtet dazu. Bei den Berathungen, nicht aber im Vorsitz, kann er sich durch ein anderes Vorstandsmitglied vertreten lassen. Bei der Wahl der Mitglieder wird man darauf bedacht sein müssen, dass sie ihren Wohnsitz entweder in Leipzig, oder nicht zu fern davon haben, um auf eine regelmässige Theilnahme derselben an den Verhandlungen rechnen zu können. Die ausserhalb Leipzigs wohnenden Mitglieder haben Anspruch auf Vergütung von Diäten, wie die Mitglieder aller übrigen Ausschüsse des Börsenvereins. Die feststehenden laufenden Arbeiten des Centralbureaus sind *täglich* von dem Schriftführer zu erledigen, die Mitglieder des Collegiums nach Bedarf zur Berathung zusammen zu berufen, *mindestens aber viermal im Jahre zu je einer regelmässigen Versammlung*. Den Geschäftsführer des Börsenvereins, der mit anderen Arbeiten bereits überbürdet ist, möchte ich, ebenso wie den Vorstand, für das Centralbureau wenig oder gar nicht in Anspruch nehmen, was durch die Geschäftsordnung zu regeln wäre.

3. *Der Jurist des Collegiums übernimmt das Schriftführeramt.* Man wählt dazu wohl am besten einen in Leipzig ansässigen, auf dem Gebiete des litterarischen Rechts erfahrenen *Rechtsanwalt*. Er führt die laufenden täglichen Geschäfte, besorgt die Eintragungen und Auskunftertheilung p. p., bereitet die Plenar-Sitzungen der Mitglieder durch Umlaufschreiben p. p. vor, führt das Protokoll bei den Berathungen, macht die nöthigen Eingaben bei Behörden p. p. und fertigt die Urtheile des Schiedsgerichts für die Parteien aus. Im Buchhändlerhause wird ihm für sein Amt eine Geschäftsstelle eingerichtet, wo die Acten ihre Aufstellung finden. Für die Registratur- und anderen Bureauarbeiten kann ihm nach Bedarf vom Börsenvereins-Vorstande subalterne Arbeitskraft zu seiner

Unterstützung gewährt werden. Nur der Schriftführer, nicht die übrigen Mitglieder, erhält für seine Thätigkeit pecuniäre Vergütung, entweder in Gestalt von Gebühren, welche er nach Massgabe seiner Arbeit selbst zu liquidiren hätte, oder in der Form eines festen Jahresgehaltes. Ich würde das Letztere in Vorschlag bringen.

4. *Die Kosten des Centralbüreaus sollen möglichst durch die Einnahmen desselben gedeckt werden*, die sich aus den Gebühren für Besorgung der Eintrags- p. p. Formalitäten und für Erledigung von Streitsachen durch Schiedsspruch ergeben. Für den Fehlbetrag würde der *Börsenverein* eintreten müssen. Ich stelle dabei anheim zu erwägen, ob man vielleicht den Schriftstellerverband, den Verein der deutschen Musikalienhändler und den deutschen Kunstverlegerverein mit zu einem Beitrage heranziehen kann, da doch in dieser Aller Interesse das Centralbüreau wirken soll.

Für den eigentlichen *Geschäftsbetrieb der laufenden Arbeit* dürfte es sich empfehlen, einen Blick auf das in Paris bestehende Bureau des declarations zu werfen, von dem manches angenommen werden kann. Aus der Eingangs erwähnten Denkschrift des Herrn Dr. Schmidt entlehne ich darüber folgende Angaben.

Im Januar 1882 errichtete der Vorstand des cercle de la librairie in Paris das genannte Büreau zu dem Zwecke, die in Frankreich zum Schutze des Urheberrechtes vorgeschriebenen Formalitäten zu besorgen. Die Errichtung des Büreaus wurde durch die Presse und durch besondere an Autoren, Verleger und sonstige Interessenten versandte Circulare mit der Aufforderung bekannt gemacht, dieses den geistigen Interessen Frankreichs gewidmete Unternehmen thatkräftigst unterstützen zu wollen.

Das Büreau ist täglich von 1—4 Uhr Nachmittags geöffnet, um Geschäfte entgegenzunehmen, und zwar von Jedermann, gleichviel ob derselbe Mitglied des cercle ist oder nicht. Alle Anträge, welche bis Donnerstag Abend im Büreau eintreffen, werden am darauffolgenden Sonnabend expedirt und

erledigt. Jeder Verleger, welcher den Dienst des Büreaus in Anspruch nehmen will, hat ein Verzeichniss derjenigen Bücher einzureichen, welche eingetragen werden sollen, mit genauer Angabe von Titel, Namen des Autors, Zeit und Ort der ersten Veröffentlichung, Namen und Wohnort des Druckers, Format und Zahl der Bände, Umfang nach Seitenzahl etc.

Formulare zu solchen Verzeichnissen werden jederzeit vom Bureau gratis abgegeben, sie werden ausserdem *aus eigener Initiative des Büreaus Verlegern und Autoren zugestellt*, wenn in der Bibliographie de la France ein Werk angekündigt wird, welches dem Bureau geeignet erscheint, zur Erlangung des Schutzes eingetragen zu werden.

Ausser diesem Verzeichnisse hat der Verleger *von jedem einzutragenden Werke ein Exemplar* beizufügen, welches dem Archiv des Büreaus einverleibt wird. Diese Verzeichnisse und Exemplare haben den Zweck, bei Reclamationen und Streitigkeiten als Controlle zu dienen, und eine permanente öffentliche Ausstellung der eingetragenen Neuigkeiten zu veranstalten. Man hat es später den Declaranten freigestellt, sich durch Zahlung von 10 Francs von der Lieferung des Freiexemplars loszukaufen.

Das Bureau hat dafür zu sorgen, dass die Eintragung der angemeldeten Veröffentlichungen rechtzeitig an gehöriger Stelle geschieht, den Declaranten wird hierüber eine Bescheinigung ausgestellt. Dagegen werden die Originale der Behörden-Quittungen etc. im Bureau verwahrt, um in geeigneten Fällen vor Gericht Gebrauch davon machen zu können, auch um auf Grund derselben Auskufft und Nachweise zu geben.

Das Bureau veröffentlicht von Zeit zu Zeit in der Bibliographie de la France eine Liste der eingetragenen Werke und führt genau Buch über alle Vorgänge im Bureau. Es lehnt die Verantwortung von sich ab für Folgen, welche aus Unterlassungen, Irrthümern und Verzögerungen entstehen, welche nicht vom Bureau selbst verschuldet sind.

Um die Unterhaltungskosten des Büreaus zu decken, werden für die Besorgungen Gebühren erhoben, welche sich

nach dem Preise und Umfange der behandelten Werke richten. Mit der Leitung des Büreaus ist ein älterer Beamter betraut, welcher ein Jahresgehalt von 2000 Francs bezieht. Ueber diesem Beamten steht ein Aufsichts-Comité von drei Mitgliedern des cercle de la librairie.

Herr Dr. Schmidt giebt dann eine ausführliche Beschreibung der verschiedenen Rechnungsbücher und Formulare, wie sie in Paris in Gebrauch sind. Es würde hier zu weit führen, sich in gleicher Weise damit eingehend zu beschäftigen; hingegen wird es bei der eventuellen Feststellung der Geschäftsordnung des Centralbüreaus sich sehr empfehlen, die Darstellung des Herrn Dr. Schmidt sorgfältig zu berücksichtigen.

Herr Dr. Schmidt warf damals in seinem Bericht noch die Frage auf, ob das für Deutschland geplante Centralbüreau *sich auf den Schutz der deutschen Reichs-Angehörigen beschränken, oder auch auf Ausländer ausgedehnt werden sollte*, wenn letztere die Vermittelung des Büreaus in Anspruch nehmen wollen. Er entschied sich für das Letztere, war aber der Meinung, dass der Schritt der Ausdehnung auf das Ausland erst dann gethan werden sollte, wenn das Centralbüreau zunächst für deutsche Zwecke eingerichtet sei und sich hierfür bewährt habe. Ich schliesse mich dieser Meinung an, um sowohl eine *internationale Centralstelle für den ganzen litterarischen, musikalischen und artistischen Welt-Verkehr* zu schaffen, würdig der Stellung Deutschlands unter den Völkern auf dem Gebiete der geistigen Arbeit, als auch um durch diese Erweiterung der Thätigkeit des Büreaus durch die damit verbundenen höheren Einnahmen seine materielle Existenz zu befestigen.

Eine weitere Frage wäre die, ob das Centralbüreau *nur für Mitglieder des Börsenvereins benutzbar* sein soll, oder auch für Nichtmitglieder. Im ersten Falle wären manche, z. B. alle Selbstverleger, die nicht Mitglieder des Börsenvereins sind, von der Wohlthat der Einrichtung ausgeschlossen, worin eine gewisse Härte läge; dagegen würde durch diese

Bestimmung der *Vorthail der Mitgliedschaft des Börsenvereins in ein neues Licht gestellt.*

Nach welchen Grundsätzen die zu entrichtenden Gebühren festzusetzen wären, muss der Berathung überlassen bleiben. Mir gefällt der Pariser Modus der Einschätzung nach Preis und Umfang des in Frage kommenden Werkes nicht, ich würde eine mässige *feststehende Gebühr* vorziehen, für Nicht-Mitglieder höher als für Mitglieder.

Betreffs der *Abgabe eines Pflichtexemplares* dürfte es sich vielleicht empfehlen, die Bibliothek des Buchgewerbe-Vereins in Leipzig oder des Börsenvereins mit dem geplanten Centralbureau in Verbindung zu bringen. Bei der Unbeliebtheit der sogenannten Pflichtexemplare wird man gut thun, keinen Zwang auszuüben. Jedenfalls aber wird es sich bewerkstelligen lassen, dass alle Veröffentlichungen, welche an die Hinrichs'sche Buchhandlung, an Hermann Vogel und an Barthol Senff in Leipzig behufs Aufnahme in das Verzeichniss der erschienenen Neuigkeiten des deutschen Buch-, Kunst- und Musikalien-Handels eingesandt werden, gleich von dort in Begleitung der nöthigen Formulare an das Centralbureau gehen, falls sie zur Erlangung des Schutzes des Urheberrechtes von diesem benutzt werden sollen. Ein Appell an die *freiwillige* Opferbereitschaft des Declaranten, dieses Exemplar der Centralstelle nach dem Gebrauch zu überlassen, wird in vielen Fällen gewiss Erfolg haben. Auf diese Weise kann mit der Zeit eine *Nationalbibliothek des Börsenvereins* heranwachsen, auf welche unsere Nachkommen dermaleinst mit Stolz werden blicken dürfen. Der beste Grund zu einer solchen ist ja bereits gelegt in dem jetzigen werthvollen Bestande unserer Börsenvereinsbibliothek, welche in gewissen Richtungen heute schon kaum von einer anderen Bibliothek übertroffen werden dürfte.

Endlich sei noch angedeutet, dass mit der Zeit die Thätigkeit des Centralbureaus in Leipzig auch ausgedehnt werden könnte auf die dem Urheberrecht an Schriftwerken p. p. verwandten Materien, also auf den Schutz des Urheberrechtes an Werken der bildenden Künste (Reichsgesetz vom 9. Januar

1876), auf den Schutz der Photographien gegen unbefugte Nachbildung (Reichsgesetz vom 10. Januar 1876), auf das Urheberrecht an Mustern und Modellen (Reichsgesetz vom 11. Januar 1876) und auf den Schutz der Marken und Patente (Reichsgesetz vom 30. November 1874 und vom 7. April 1891). Ich verzichte darauf, mich hierüber weiter zu äussern, weil das den mir gesteckten Rahmen weit überschreiten würde. Aber um Andere zum Nachdenken darüber anzuregen, möge der flüchtige Gedanke doch ausgesprochen werden, vielleicht fällt er auf fruchtbaren Boden.

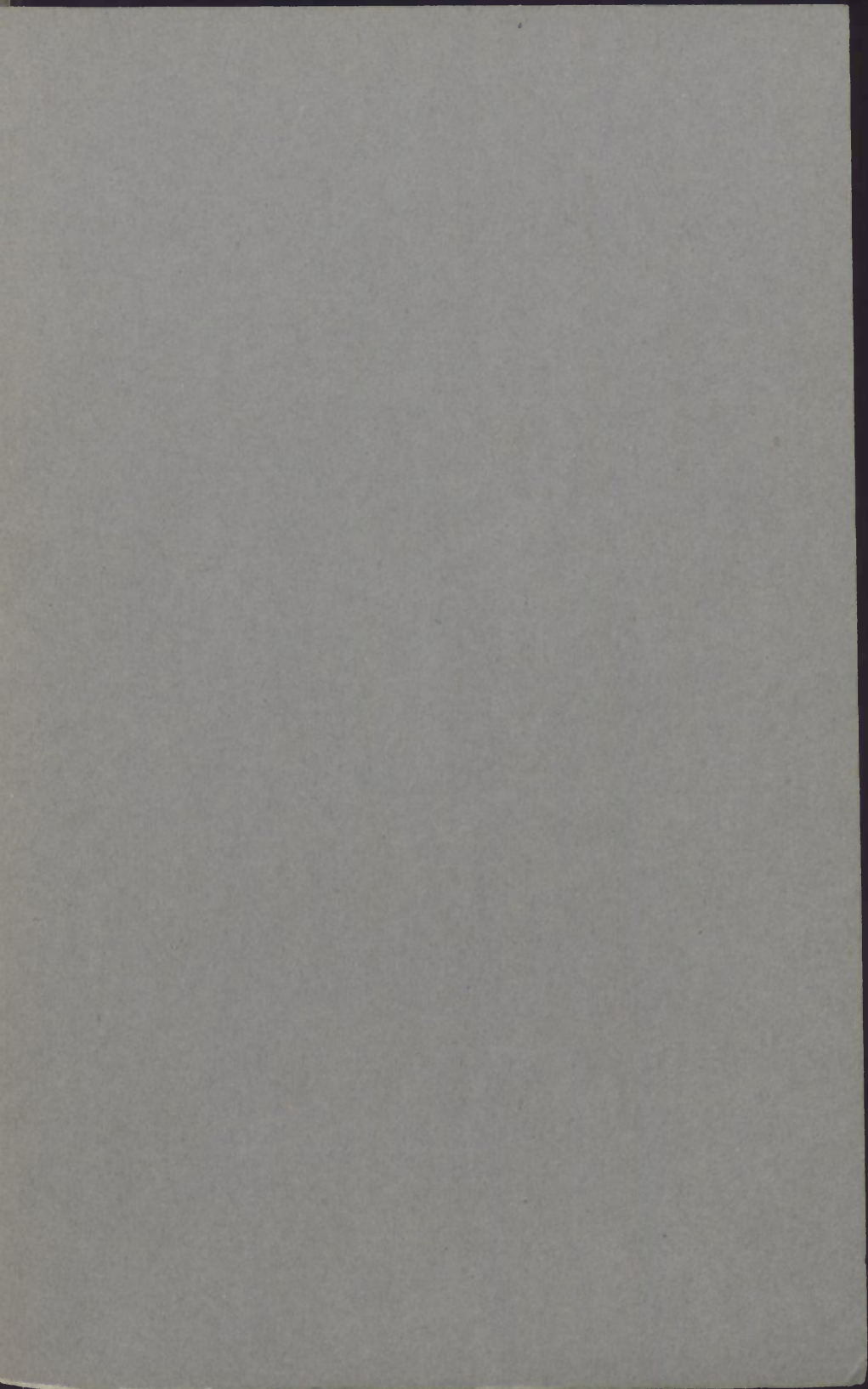
Hiermit schliesse ich meine Betrachtungen, die ich der sorgfältigen Prüfung aller Betheiligten, namentlich des Börsenvereins-Vorstandes anempfehle. Es würde mich freuen, wenn das „Centralbureau zum Schutze des Urheber- und des Verlagsrechtes in Leipzig“ errichtet würde *zum Vorthcile der Autoren und Verleger und zur Ehre der deutschen Nation, deren geistige Gesamt-Interessen wesentlich dadurch gesichert werden dürften.*

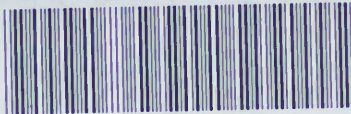
Gross-Lichterfelde bei Berlin, Pfingsten 1891.

Otto Mühlbrecht.



Norddeutsche Buchdruckerei, Berlin SW., Wilhelmstr. 32.





206\$07960158